

## MITTEILUNGEN UND RESOLUTIONEN

### 85. Ministerrat

#### 24. Jänner 2024

1. Mitteilung des Herrn Bundeskanzlers, mit der ein Schreiben der Präsidentin des Rechnungshofes vom 17. Jänner 2024 betreffend „Ergänzende Beweisanforderung gemäß der Verfahrensverordnung für parlamentarische Untersuchungsausschüsse (VO-UA)“ vorgelegt wird (Wortlaut siehe Beilage).
2. Schreiben des Amtes der Niederösterreichischen Landesregierung vom 8. Jänner 2024, mit dem ein Beschluss vom 22. November 2023 betreffend „Beibehaltung der Schulnoten und Matura“ vorgelegt wird.
3. Schreiben des Amtes der Niederösterreichischen Landesregierung vom 8. Jänner 2024, mit dem ein Beschluss vom 22. November 2023 betreffend „Wirtschaftsbildung in Schulen ausbauen“ vorgelegt wird.
4. Schreiben der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Oberösterreich vom 12. Jänner 2024, mit dem fünf Resolutionen der 10. Vollversammlung vom 7. November 2023 vorgelegt werden.
5. Schreiben von zwei Gemeinden (Bernstein, Loretto), mit denen Resolutionen betreffend „Finanzielle Ausstattung von Städte und Gemeinden im neuen FAG sichern“ vorgelegt wird.
6. Schreiben von vier Gemeinden (Strassburg, Paternion, Völkermarkt, Frantschach-St. Gertraud), mit denen Resolutionen betreffend „Die Kärntner Gemeinden stehen mit dem Rücken zur Wand“ vorgelegt werden.



Rechnungshof  
Österreich



Unabhängig und objektiv für Sie.

Herrn Bundeskanzler  
Karl Nehammer, MSc  
Bundeskanzleramt  
Ballhausplatz 2  
1010 Wien

Dr. Margit Kraker  
Präsidentin des Rechnungshofes

Wien, 17. Jänner 2024  
GZ 2024-0.040.805

### **Ergänzende Beweisanforderung gemäß der Verfahrensordnung für parlamentarische Untersuchungsausschüsse (VO-UA)**

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler,

dem Rechnungshof ist eine Ergänzende Beweisanforderung gemäß § 25 Abs. 2 VO-UA durch den ROT-BLAUEN Machtmissbrauch-Untersuchungsausschuss zugegangen. Demnach hat er Zahlungen des Bundeskanzleramts und der Bundesministerien an bestimmte namentlich angeführte Unternehmen, Vereine und Einzelpersonen zu erheben.

Um diesem Verlangen entsprechen zu können, wird der Rechnungshof im Haushaltsverrechnungssystem des Bundes (HV-SAP) Abfragen zurückgehend bis 2013 vornehmen. Davon werden das Bundeskanzleramt und sämtliche Bundesministerien betroffen sein, weshalb ich Sie um Kenntnisnahme durch die Bundesregierung ersuche.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Margit Kraker